



Frau
Präsidentin des Nationalrates

Zur Zahl 10537/J-NR/2016

Die Abgeordneten zum Nationalrat Doppler und weitere Abgeordnete haben an mich eine schriftliche Anfrage betreffend „Frühpensionierungen“ gerichtet.

Ich beantworte diese Anfrage aufgrund der mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu 1:

Im Bundesministerium für Justiz und dem nachgeordneten Bereich sind in der Zeit vom 29. Oktober 2013 bis 12. Oktober 2016 281 Beamtinnen und Beamte (davon 208 männlich und 73 weiblich) in den Ruhestand versetzt worden.

Über Pensionierungen der Vertragsbediensteten entscheidet ausschließlich die Pensionsversicherungsanstalt, sodass dem Bundesministerium für Justiz keine konkreten Daten darüber vorliegen. Bei Vertragsbediensteten ist nicht lückenlos bekannt, ob sie nach Beendigung des Dienstverhältnisses eine Leistung aus der Pensionsversicherung beziehen.

Zu 2:

Die angeschlossene Tabelle zeigt, auf Basis welcher gesetzlichen Grundlagen diese Pensionierungen erfolgten:

Anzahl Pensionierungen	Gesetzliche Grundlage
4	§ 13 Abs. 1 BDG 1979
1	§ 13 Abs. 2 BDG 1979
103	§ 14 Abs. 1 BDG 1979
78	§ 15 iVm § 236b oder § 236d BDG 1979
15	§ 15 iVm § 236c BDG 1979
5	§ 15c Abs. 1 BDG 1979
4	§ 83 Abs. 1 Z 1 RStDG

1	§ 83 Abs.1 Z 2 RStDG
15	§ 87 iVm §166d oder § 166h RStDG
31	§ 87 iVm §166e RStDG
14	§ 87a RStDG
11	§ 99 RStDG

Zu 3 und 4:

Ich bitte um Verständnis dafür, dass ich von der Beantwortung dieser Frage aufgrund des damit verbundenen unvermeidbar hohen Verwaltungsaufwandes Abstand nehmen muss.

Wien, 12. Dezember 2016

Dr. Wolfgang Brandstetter

